

Kein Abfall auf Kalihalden

Grüne wollen laufende Genehmigungsverfahren stoppen

Von Marco Seng

Hannover. Wenn es nach den Grünen im Landtag geht, darf künftig kein Bauschutt mehr auf Kalihalden in Niedersachsen abgeladen werden. Die Fraktion will einen entsprechenden Antrag ins Parlament einbringen. Darin wird gefordert, dass sogenannte Bauschutt-Deponien auf den sieben Althalden nicht mehr nach Bergrecht genehmigt werden dürfen. Die laufenden Genehmigungsverfahren sollen gestoppt werden.

Die Anwohner seien durch die Rückstände der Kaliindustrie ohnehin schon belastet, sagte der Grünen-Abgeordnete Beilit Onay der HAZ. „Man kann eine Altlast nicht heilen, indem man noch mehr Abfall drauf-

packt.“ Onay forderte die rot-schwarze Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Althalden „nicht pauschal als geeignete Deponieflächen zur Entsorgung von Industrieabfällen, Bauschutt und belasteten Böden“ eingeplant werden dürfen.

Auf den sieben Halden werden mehr als 150 Millionen Tonnen Rückstände aus dem Kalibergbau oberirdisch gelagert – vor allem Salz. Mit dem Regen wird Salz aus den Halden ausgewaschen, die salzigen Abwässer werden in angrenzende Flüsse eingeleitet – oder sie versickern ins Grundwasser.

An allen bisher untersuchten Standorten sei eine Versalzung des Grundwassers festgestellt worden, erklärte Onay. Nach

Angaben des Umweltministeriums werden an fünf Standorten im Grundwasser die Grenzwerte von maximal 250 Milligramm Salz pro Liter Wasser überschritten – für zwei Standorte gibt es mangels Monitoring keine Angaben. Sechs Kalihalden verfügen demnach nicht über eine entsprechende Abdeckung, um das Einsickern von Salzwasser ins Grundwasser zu verhindern.

Die Grenzwerte werden unter anderem beim Kaliwerk Siegfried-Giesen im Landkreis Hildesheim überschritten. Dessen umstrittene Wiederinbetriebnahme wurde im November 2018 auf Druck von Umweltminister Olaf Lies (SPD) genehmigt. Dafür soll eine zweite Kalihalde aufgeschüttet werden.